

# **Bürgerbündnis/Freie Wähler**

Mittwoch, 13. August 2008

## **Pressemitteilung**

### **Müller's Reparaturbetrieb auf Hochtouren**

Es sei eine Binsenweisheit, dass man sowohl die Kirche wie die Schule im Dorf lassen müsse, so der Vorsitzende von Bürgerbündnis/Freie Wähler, Bernd Richter. Hierüber hätten sich Ministerpräsident Müller und sein damaliger Kultusminister Schreier in der Schulpolitik gegen alle Widerstände hinweggesetzt. Mit der unseligen Schulreform sei ohne sachlichen Grund die Zwei- bzw. Dreizügigkeit von Schulklassen zum absoluten Qualitätskriterium erhoben worden. Es sei allgemein bekannt, dass Qualität in der Schule primär durch kleine Klassenstärken, ausreichendes Lehrpersonal, kurze Wege und Erreichbarkeiten und den hierdurch gegebenen Möglichkeiten für ein Leben in der sozialen Gemeinschaft im Wohnumfeld geschaffen werde. Dennoch wurden Elternproteste und Bürgerbegehren gegen diese fragwürdige „Reform“ gnadenlos abgebugelt. Die Auswirkungen waren fatal. Die Wohnqualität ohne Schulen im ländlichen und dörflichen Raum gerade für junge Familien mit Kindern wurde dramatisch verschlechtert, eine Konzentration auf die Ballungsräume verstärkt. Die hierdurch verursachten enormen Kosten für die Kommunen als Schulträger wurden einfach unter den Teppich gekehrt. So hat diese Schulreform allein in Sulzbach für Mehrkosten von annähernd 2 Mio. € gesorgt. Bürgernahe und solide Politik für das Gemeinwesen im Rahmen der Daseinsvorsorge sehe anders aus, so Richter weiter. Wenn Müller presseöffentlich den Grundsatz „Kontinuierliche Verbesserungen sind besser als hinausgezögerte Vollkommenheit“ proklamiere, müsse man sich fragen, warum dann ohne Sinn und Verstand eine Schulreform durchgeboxt wurde, die man in Anbetracht der bevorstehenden Wahlen 2009 mit Hochtouren wieder reparieren müsse. Bei dem angekündigten, aber noch nicht offen gelegten Reparaturversuch schiebe man zudem den Kommunen erneut den „Schwarzen Peter“ in der Schulpolitik zu, da sie im Endeffekt die Kosten zu tragen hätten. Bürgernahe, wohl überlegte und solide Politik für die Menschen sehe anders aus, so Richter abschließend.